

Antwort DIE LINKE Brandenburg auf die (2.) Wahlprüfsteine des Landeselternbeirates für Kinderbetreuung

1. Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie zeitnah den fehlenden Fachkräften in den Kitas entgegenwirken?

DIE LINKE setzt sich für mehr und gut qualifiziertes Fachpersonal in den Kitas ein. Um den Erzieher*innenberuf attraktiver zu machen, wollen wir eine kostenfreie und vergütete Ausbildung für Erzieherinnen durchsetzen. Aufgrund des gestiegenen Bedarfes werden wir die staatliche Ausbildung an den Oberstufenzentren stärken und flächendeckend umsetzen. Wir unterstützen die Hochschulausbildung von Erzieher*innen und wollen diese weiter ausbauen. Ein Studium als Zugangsvoraussetzung zum Erzieherinnenberuf lehnen wir allerdings ab. Das Schulgeld für Erzieherinnen und Erzieher an privaten Ausbildungseinrichtungen wollen wir abschaffen. Wir setzen weiterhin verstärkt auf die gute Qualifizierung von Seiteneinsteigern und auf multiprofessionelle Teams.

2. Welche Bedarfe sehen Sie bei der Verbesserung der Essensversorgung in den Kitas?

DIE LINKE ist der Auffassung, dass das Mittagessen in den Kitas kostenfrei sein sollte. Die Qualität der Essensversorgung ist dennoch auf einem hohen Niveau und unter Beachtung der gültigen Standards zu organisieren. Das Essen sollte frisch zubereitet werden, unter Heranziehung regionaler Produkte. Bei kleineren Kitas können Kooperationen helfen, Kosten zu sparen und die Qualität der Essenszubereitung zu sichern.

3. In welchen Schritten können Sie sich eine Abschaffung der Elternbeiträge im Land Brandenburg vorstellen? Welchen Zeitrahmen halten Sie diesbezüglich für realistisch?

2018 haben wir das beitragsfreie Vorschuljahr eingeführt. Mit dem Brandenburgischen Gute Kita-Gesetz, das am 1. August 2019 in Kraft trat, wurden sozial benachteiligte Eltern nach Paragraph 90 SGB VIII und Geringverdiener mit einem Jahresnettoeinkommen von bis zu 20.000 Euro von Kita-Beiträgen befreit. Damit müssen künftig für 70.000 von 192.000 betreuten Kindern keine Beiträge mehr bezahlt werden. Das ist ein weiterer Schritt in Richtung der von uns gewollten kompletten Beitragsfreiheit. Über die Schrittfolge muss der neue Landtag entscheiden.

4. Planen Sie in der kommenden Legislaturperiode einen Antrag zur Personalschlüsselverbesserung in Krippe, Kita und Hort einzubringen? Was wäre hier Ihrer Meinung nach jeweils ein angemessener Schlüssel?

Die Verbesserung der Betreuungsrelation ist der Linkspartei ein großes Anliegen. Deshalb haben wir bereits angefangen, den Kita-Betreuungsschlüssel stufenweise zu verringern. Für 0-3jährige wurde im Jahr 2016 der Faktor 1:5 eingeführt und im Jahr 2017 für 3-6-Jährige auf 1:11. Die jährlichen Mehrkosten hierfür belaufen sich über 100 Mio. EUR.

Ein gesetzlich festgelegter Betreuungsschlüssel, wie hier von der Elternschaft gewünscht, müsste vom Land in gemeinsamer Verantwortung mit den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten als überörtliche Träger der Jugendhilfe und den Kommunen erarbeitet werden. Wir LINKE setzen uns für eine Verringerung der Betreuungsrelation in den brandenburgischen Kitas ein. Weitere Schritte zu einem Schlüssel von 1:3 für U3 und 1:8 für Ü3 müssen in der nächsten Legislaturperiode gegangen werden.

Darüber hinaus wollen wir Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz Bund für die längeren Betreuungszeiten einsetzen. Das käme dem Bildungsschlüssel, wie Sie ihn fordern, nahe.

5. Als Eltern wünschen wir uns Transparenz bei der Berechnung der Elternbeiträge. Wo sehen Sie Möglichkeiten, uns bei unserem Anliegen zu unterstützen?

Die beste Transparenz sind keine Beiträge. Bis dieses Ziel erreicht ist, muss die Landesregierung für eine möglichst große Klarheit sorgen, welche Kostenteile auf Eltern umgelegt werden dürfen und welche nicht. Das kann mit einer Mustersatzung oder aber mit der Präzisierung der Betriebskostennachweisverordnung geschehen. Deshalb werden wir uns für eine Novellierung des Kitagesetzes einsetzen.

6. Welche Themen sollten Ihrer Meinung nach bei der angedachten Kitagesetzesnovelle im Vordergrund stehen?

DIE LINKE wird sich im Rahmen der Novellierung des Kitagesetzes dafür einsetzen, dass sich die Qualität der Arbeit der Kitas spürbar verbessern kann. Das schließt die Verbesserung des Fachkraft-Kind-Verhältnisses, die Verbesserung der Leitungsfreistellung, eine bessere Praxisberatung, die Novellierung der Grundsätze elementarer Bildung genauso ein wie die Klärung der Finanzierungsströme. Eine Priorisierung werden wir nicht vornehmen, da alles mit allem zusammenhängt.

7. Halten Sie eine Selbstevaluation der Kitaträger im Hinblick auf die Qualität ihrer Arbeit und Einrichtungen für ausreichend?

Nein. Eine Selbstevaluation der Kitaträger ist sicher richtig und wichtig, kann aber die landesseitige Verantwortlichkeit des MBSJ sowie die Fachaufsicht durch die zuständigen kommunalen Ämter nicht ersetzen.